



Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf  
Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Seite 1 von 1

**11.4. AUG. 2023**

Aktenzeichen  
1510-IT.102  
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiterin: Frau Dr. Kaiser  
Telefon: 0211 8792-726

nachrichtlich:

An den  
Rechtsausschuss des Landtags  
- Referat I 1 -  
40221 Düsseldorf

## **20. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags am 16. August 2023**

Öffentlicher Bericht zu Tagesordnungspunkt „Sprachmodell der Justiz“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

als Anlage übersende ich den öffentlichen Bericht der Landesregierung zu dem vorbezeichneten Tagesordnungspunkt zur Weiterleitung an die Mitglieder des Rechtsausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Benjamin Limbach

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Martin-Luther-Platz 40  
40212 Düsseldorf  
Telefon: 0211 8792-0  
Telefax: 0211 8792-456  
poststelle@jm.nrw.de  
www.justiz.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
ab Hbf mit Linien U 76, U 78  
oder U 79 bis Haltestelle  
Steinstraße / Königsallee





**Ministerium der Justiz  
des Landes Nordrhein-Westfalen**

20. Sitzung des Rechtsausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
am 16. August 2023

Schriftlicher Bericht zu TOP  
„Sprachmodell der Justiz“

## **Aktueller Sachstand des Projekts „Generatives Sprachmodell für die Justiz (GSJ)“**

Bei dem Forschungsprojekt Generatives Sprachmodell der Justiz (GSJ) sollen ausgewählte potenzielle Einsatzmöglichkeiten von Large Language Models in der Justiz erforscht werden. Die Projektkoordination obliegt dem Think Tank Legal Tech und KI in der Justiz NRW.

Nachdem das Projekt auf dem zweiten Digitalgipfel der Justizministerinnen und Justizminister der Länder und des Bundes am 25. Mai 2023 als förderungswürdig priorisiert wurde, wurde – nach Abstimmung zwischen dem Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, dem Bayerischen Staatsministerium und dem Bundesministerium der Justiz – ein sog. Entsperrungsantrag beim Haushaltsausschuss des Bundestages eingereicht. Der Entsperrungsantrag sollte ursprünglich – gemeinsam mit den weiteren Entsperrungsanträgen, die sich auf Mittel aus der „Digitalisierungsinitiative für die Justiz“ bezogen – in der Sitzung am 5. Juli 2023 behandelt werden. Aus hier nicht bekannten Gründen erfolgte eine Befassung des Haushaltsausschusses mit den Anträgen an diesem Tag jedoch nicht. Stattdessen wurde die Befassung auf die Zeit nach der parlamentarischen Sommerpause vertagt.

Insoweit bleibt auf eine zeitnahe Entscheidung zu hoffen.

### **Initiierung von Pilotprojekten**

In der ersten Phase des Projekts GSJ sollen mit Hilfe von Praktikerinnen und Praktikern aus Nordrhein-Westfalen und Bayern unter Einsatz der Methoden des Legal Design Thinkings geeignete Pilotvorhaben ausgewählt und definiert werden. Legal Design Thinking ist ein agiler und interdisziplinärer Innovationsansatz, der zur Identifizierung notwendiger Veränderungsprozesse und der strategischen Entwicklung von Lösungen dient. Dabei soll von Beginn an der Nutzer bzw. die Nutzerin im Vordergrund der Überlegungen stehen. Dies bedeutet, dass nach Projektbeginn zunächst die relevanten Einsatzszenarien gemeinsam mit künftigen Anwenderinnen und Anwendern eruiert werden.